Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 48. Montag den 17. Februar 1851.

Telegraphische Nachrichten.

München, 14. Februar. Der Antrag der Linken auf eine Adresse ist mit 76 gegen 40 Stimmen in der Kammer verworfen worden.

Paris, 14. Februar, Abends 8 Uhr. In der Legislativen sind die Ergänzungs-Kredite mit 471 gegen 186 Stimmen bewilligt worden. — Ein Antrag Sauteyras auf eine Reduktion derselben wurde verworfen; die Hypothekendebatte wurde fortgesetzt. — Ein Komitee für die National-Subscription hat sich sowohl in Paris als in den Departements konstituirt; man glaubt aber nicht an einen Erfolg derselben. Die Regierung hat sich nicht dabei betheiligt. — Das Gerücht, daß der Präsident der Republik einen Antrag auf Rückzahlung der 45 Centimes-Steuer beabsichtige, ist falsch. — Der General Baraguay hielt auf dem Marsfelde eine Revue ab.

Madrid, 9. Februar. Das Ministerium bleibt unverändert.

Hamburg, 15. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 121 bis 122 Pfd., p. April 51 ausgeboten. — Kaffee fest, unverändert. — Zink 1000 Ctr. loco 500 Ctnr. p. Frühjahr 9¾.

Frankfurt a. M., 15. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 38⅞.

Paris, 14. Februar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 95. 5% 96, 50. (Berl. Bl.)

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Berlin, 15. Februar.
22ste Sitzung der ersten Kammer.
Präsident: Graf v. Rittberg.
Eröffnung: 10¼ Uhr.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Am Ministertische: v. Manteuffel, Simons, Regierungs-Kommissarius geh. Legationsrath Hellwig.

Die Abgeordneten Baumstark und Biercher erhalten Urlaub. Folgender Antrag des Abg. Dr. Klee wird einer besonderen Kommission zur Berathung übergeben:

Die hohe Kammer wolle beschließen: an die königl. Staatsregierung den Antrag zu richten: daß, zufolge des, in der Verordnung vom 5. Januar 1836 wegen Auflösung der älteren Feuersozietäten in der Provinz Posen gemachten Vorbehalts baldmöglichst ein für diese Provinz zu erlassendes Spezialgesetz wegen Wiederaufhebung der im Reglement vom 5. Januar 1836 eingeführten Zwangsverbindlichkeit zum Beitritt zur Provinzialfeuersozietät eingebracht werde, ohne daß der Erlaß eines allgemeinen Gesetzes über das Feuersozietätswesen für das ganze Land abgewartet werde.

Hierauf verliest der Abg. v. Bockum-Dolffs den Bericht der Kommission, betreffend den zwischen der königl. preußischen und fürstlich lippe-detmoldschen Regierung am 17. Mai 1850 abgeschlossenen Staatsvertrag wegen Abtretung der mitlandesherrlichen Rechte über Lippstadt an die Krone Preußen.

Die Kommission hat einstimmig darauf angetragen:

Die Kammer wolle beschließen: dem zwischen der königl. preußischen und der fürstlich lippe-detmoldschen Regierung am 17. Mai 1850 abgeschlossenen Staatsvertrage wegen Abtretung der mitlandesherrlichen Rechte über Lippstadt an die Krone Preußen die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung zu ertheilen.

Die Kammer tritt diesem Antrag ohne Diskussion einstimmig bei.

Die Tagesordnung führt zu dem Antrage des Abgeordneten Frh. v. Arnim, Schleswig-Holstein betreffend. Die Kommission, deren Bericht von dem Abg. Stahl erstattet wird, empfiehlt der Kammer, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Während der Verlesung des Berichts ist der Handelsminister v. d. Heydt und der Minister des Innern v. Westphalen eingetreten.

Die Abgg. Kamp, Straß, Fonck, Karsten, Winter, Bittrich, A. H. v. Arnim, Caesar, Rösler, O. Hermann, v. Bockum-Dolffs, Degenkolb, Wachler, Camphausen, v. Simpson, Wichmann, v. Brünneck, Hensche, v. Sybel, Friccius, v. Rönne, v. Tepper, v. Oppen, Freiherr v. Vincke, Hansemann, Kisker, Röchling, Frech, Lette, Bartelt und Strohn tragen darauf an: Die Kammer wolle beschließen: in Erwägung, daß der Antrag des Abg. v. Arnim und Genossen vom 20. Januar d. J. inzwischen durch beklagenswerthe Thatsachen erledigt ist, — geht die Kammer zur Tagesordnung über.

Abg. Frhr. v. Arnim: Meine Herren! Der Bericht der Kommission trägt auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung an. Dieser Bericht hat uns nicht getäuscht; schon als wir den Antrag stellten, machten wir uns keine Illusion. Wir wußten, daß in politischen Fragen das Ministerium trotz alledem und alledem eine kompakte und treue Majorität hat. Wir hatten einen Antrag über Verfassungsverletzung eingebracht — er wurde nicht unterstützt. Wie viel mehr wird dies der Fall sein bei auswärtigen Fragen. Es liegt in Ihrer Hand, die Berathung hinauszuschieben; vom 20. vorigen Monats datirt, wurde der Antrag in der Kommission schließlich an dem Tage berathen, an welchem die Nachricht einlief, Rendsburg und Friedrichsort seien übergeben. Interpellationen werden gar nicht, oder unvollständig, oder mit Vorlegung irriger Thatsachen beantwortet. — Sollten wir nun nicht schweigen, da unser Reden nichts nützt, unser Reden, das unser Schwert ist? Wir ziehen es vor, zu sprechen, obgleich es nichts fruchtet.

Wir wollen dem Lande zeigen, daß es in der konstitutionellen Partei noch Männer giebt, die mit der Unterdrückung des Rechts nicht harmoniren; wenn wir auch dadurch nur der verzweifelten Hoffnung widersprechen sollten, daß die Besserung von Preußens Schicksal in der Hand der Demokratie liegt. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für das Einrücken des preußischen Heeres in Holstein, obgleich die Ordre von keinem Minister kontrasignirt und von einer Hand unterzeichnet ist, die Niemand auf Erden, sondern nur dem verantwortlich ist, dessen Verfassung mehr als 18 Hundert Jahre alt ist. Die Verhältnisse wieder vorzuführen, hieße auf der einen Seite: Wasser ins Meer tragen, auf der anderen: die Spritzfluthen der Revolution alle Dämme durchbrechen lassen. Wer sehen und hören kann, weiß, daß Holsteins Recht deutlich und klar ist. Preußen führt jetzt die Beschlüsse der londoner Konferenz aus, gegen die es protestirt hat. Zu Hause rühmt sich die Regierung, mit der Revolution gebrochen zu haben und unterstützt ein Kasinoministerium, und das nennt man Kooperation mit Oesterreich. Ich nenne es eine Buße von Canossa, wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit einem Buße predigenden Journal und Organ des Auslandes. Die Geschichte wird es einst als unbegreiflich anführen, daß Preußen selbst die Brücke sein mußte, um Oesterreichs Macht im Norden Deutschlands zu befestigen. (Bravos der Linken unterbrechen die Rede bei verschiedenen hervorgehobenen Stellen und Kraftausdrücken.) Der Redner giebt hierauf eine Uebersicht der letzten Ereignisse in Holstein und der Proklamation der Statthalterschaft. Bei dem Abschluß der Uebereinkunft mit Dänemark, fährt der Redner fort, hatte man vergessen, daß man es mit einem revolutionairen Ministerium in Kopenhagen zu thun hat — statt, wie verabredet war, zurückzugehen, rückte das dänische Heer vor.

Der Chef des dänischen Generalstabes Baggesen sagte in einer Proklamation selbst, Gränze zwischen Holstein und Schleswig sei die Eider und der schleswig-holsteinsche Kanal, jedoch mit einigen Ausnahmen, unter denen er auch ganz ausdrücklich das Kronwerk von Rendsburg nennt. Wer sonst noch Aufklärung über die Sachlage wünscht, den brauche ich nur an den Unterzeichner des Friedens vom 2. Juli zu verweisen, der seinen Sitz in dieser Kammer hat. (Aller Augen wenden sich nach dem Sitze des Abgeordneten Usedom, der lächelnd die Blicke erwiedert.) Soll Dänemark die Gränzverhältnisse in Schleswig-Holstein allein regeln? Besser wäre es gewesen, daß sie nach den Beschlüssen zu Frankfurt geregelt worden wären; so weit ist es gekommen, denn von den beiden Großmächten ist nichts zu erwarten. Aber soll ich darauf hinweisen, daß die Befolgung dieser Anordnungen von der preußischen Regierung selbst dringend widerrathen wurde? Soll man zu einem solchen Ministerium Vertrauen haben, das den Gang unter die kaudinischen Gabeln in Holstein als einen Sieg feiern läßt? Oesterreich weiß, was es will und hält seinen Freunden Wort. Giebt es noch Leute, die einen so rührenden Glauben an Preußens Macht und Einfluß noch jetzt bewahrt haben, so wäre es grausam, ihnen den zu rauben. Zu glauben, daß Schleswig-Holstein durch definitive Regulirung wieder erhalten wird, was es verloren hat, heißt glauben, daß ein Verwundeter bei der definitiven Regulirung seiner leiblichen Verhältnisse das Bein wieder erhalten wird, das er sich provisorisch hat abnehmen lassen. (Heiterkeit und Gelächter).

Oesterreich wollte die festen Punkte in Schleswig-Holstein Dänemark einräumen — Preußen hat es nicht mitgewollt, aber mit gethan. Dies Resultat verdankt man der Kurzsichtigkeit und diplomatischen Ungeschicklichkeit der preußischen Politik. (Murren rechts, Zischen links.) Wer sieht nicht, wenn er nicht ein politischer Neuling ist, daß es darauf abgesehen war, im Norden Preußens eine Armee von 80,000 Mann Oesterreicher und Dänen zu haben, wenn auch nur zur Disposition, denn zum Schlagen wird man es wohl nicht kommen lassen. — In Ihrer Kommission wurde gesagt, daß den Protokollen mit der Statthalterschaft in Kiel jede Bedeutung fehlt, weil sie nicht von den Regierungen genehmigt sind, — auch die Regierung nennt diese Urkunden „einseitige Aufzeichnungen", aber nach gemeinem deutschen Recht, das auch in Schleswig-Holstein gilt, der Herr Berichterstatter wird das wissen, denn er ist mindestens ein Rechtsgelehrter, sind diese Protokolle bindend, da nach demselben zur Gültigkeit der Protokolle die Unterschrift der Parteien nicht erforderlich ist, sondern dieselben durch bloße Unterschrift des Protokollführers bindend werden.

Es soll in dem Schriftwechsel das eigentliche Recht liegen; ich spreche diesem Schriftwechsel seine Bedeutung neben den Protokollen nicht ab — wenn nur Alles wahr wäre, was darin geschrieben ist. Es ist der status quo ante bellum verheißen, aber ist dieser etwa eingetreten? Das Nichteinrücken der Truppen ist unbedingt zugesagt — sind sie etwa nicht eingerückt? Dadurch fällt auch die Behauptung der Kommission, daß keine Exekution eingerückt ist. Allerdins wird Bezahlung in Bons auf den Bundestag gegeben, aber die Herzogthümer würden gern zufrieden sein, wenn Jemand dieses neue österreichische Papiergeld einlöste. Man sagt, Schleswig-Holstein vertheidigt sich nicht — aber ist es nicht Hohn, wenn ich zu Jemandem, der an Händen und Füßen gebunden und dem der Mund verstopft ist, sage: „Wehre dich!"? Die Herzogthümer ihrerseits haben sich unterworfen, wie sie versprachen; im Kriege stark und muthig, waren sie im Frieden würdig und gesetzt. Es liegt also ein offener Bruch mit den Versprechungen vor; dieser kann von der Regierung nur dadurch erklärt werden, daß der Kommissarius seine Instruktionen überschritten habe. Ich selbst früher als Gesandter von den Umständen gezwungen, meine Vollmachten zu überschreiten und einen Vertrag zu schließen, rieth dessen Ratifikation ab; hätte man ihn nicht ratifizirt, sondern mich abgerufen, so wäre mein politischer Ruf dahin, aber mein moralischer geblieben. — So hat man es früher gehalten!

Jetzt ratifizirt man die Verträge nicht und Minister und Gesandte bleiben am Ruder — quasi re bene gesta. Soll es denn nun so weiter gehen und Preußen seine Tradition und seine Moralität gänzlich aufopfern? Man hat dem Lande die Treue gebrochen, und ich und meine Freunde, wir stehen auf einem verlorenen Posten in der Wüste der preußischen Ehre. Das ist unser Allarmschrei; hören Sie ihn nicht, so thun sie dies auf eigene Verantwortung und Gefahr. (Von der Linken Bravo's.)

Der Minister-Präsident: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich schwebende Verhältnisse der auswärtigen Politik darlege, die nur den dabei Interessirten schaden können; auch werden Sie nicht erwarten, daß ich die auf das Ministerium gehäuften Anklagen zurückweisen werde. Es ist leicht, alle Thatsachen mit der Lauge der Gehässigkeit zu begießen; dazu bedarf es nur eines Gefäßes, das der Lauge voll ist. Nur Einzelnes will ich anführen, das zur Erklärung dient, daß man Unmögliches von der Regierung verlangt hat. Friede war geschlossen, man klagte, daß das Heer in Holstein blieb — aber der Friede sollte nicht ausgeführt werden. Man verlangte die Besetzung Rendsburgs von deutschen Truppen — aber Holstein sollte nicht von ihnen berührt werden. Man spricht von diplomatischem Ungeschick — die diplomatische Geschicklichkeit früherer Zeit, meine Herren, hat die Ostseeprovinzen einem Unglück preisgegeben, un dem sie jetzt noch leiden. — Die preußische und österreichische Regierung haben die ernste Absicht, Deutschlands Recht zu wahren; sie werden dies nicht thun mit Worten, sondern mit Thaten. Daß die Statthalterschaft so handelte, wie sie gethan hat, dürfte Ihnen ein Beleg dafür sein, daß sie es für gut und nothwendig hielt. Daß man ferner die Fehde nicht von Neuem aufnimmt, das Land sich in der eingetretenen Ruhe glücklich fühlt und zufrieden ist, das, meine Herren, sind unwiderlegliche Thatsachen. Wie die Protokolle abgefaßt wurden, geht aus einem Briefe des Herrn Franke hervor, den man doch nicht des Danismus bezichtigen wird. Derselbe sagt, daß er „nicht Machinationen (er spricht von dem Antrage des Herrn von Arnim) unterstützen will, die dem Lande nur schaden können." Den Herzogthümern kann durch nichts mehr geschadet werden, als durch eine Darstellung, wie Sie sie so eben gehört haben. Die schönen Gleichnisse, die Ihnen der Redner vorführte, will ich noch um Eins vermehren. Ein Professor der Chirurgie hatte eine Ziege, die er lieb hatte, er brach ihr von Zeit zu Zeit ein Bein und kurirte es wieder. Die Ziege bekam daher einen großen Abscheu vor ihm, bis sie seinen Operationen durch einen Verein gegen Thierquälerei entzogen wurde. — Wenn Aufruhr und Auflehnung gegen den Landesherrn Wohlthat ist, so hat die Opposition Recht. Ich bin nicht dieser Ansicht. Preußen und Oesterreich werden ernst gegen Dänemark handeln; daß Dänemark dies weiß, hat es durch die Ernennungen zu der Regierung Schleswig-Holsteins bewiesen.

Abg. Cottenet (z. thatſ. Ber.): Die Kommission hat die Berathung nicht verschleppt, ich erkläre dies für eine unbegründete Verdächtigung.

Abg. v. Arnim: Ich habe nur eine Thatsache angeführt, keine Verdächtigung ausgesprochen.

Abg. v. Gerlach: Die Rede des Abg. v. Arnim hat einen gewissen Mißton in der Diskussion herbeigeführt; ich will diesen wieder aufheben. Ich wünsche nicht bloß Verwerfung des Antrages, sondern Verwerfung mit einer imposanten Majorität. — Sollen Freischaaren, Geldsammlungen Schleswig-Holstein unterstützen? sollen nicht Preußen und Oesterreich die Herzogthümer vertheidigen? Ist jetzt Zeit, die Verhandlungen zu stören und Preußen herabzuwürdigen, um dem Lande zu nützen? Wenn das Ausland Jemandem den Auftrag gäbe, eine Rede zu erdenken, wodurch die preußische Regierung in den Augen des Auslandes erniedrigt werde; er hätte keine bessere ersinnen können. (Beifall.) Sind die Einheitsbestrebungen des geehrten Abgeordneten wirklich so stark — nun so ist jetzt Einheit vorhanden, Preußen und Oesterreich sind zugleich in Schleswig-Holstein eingeschritten. Der Redner hat gewisse beliebte Reden gebraucht: Ecclesia pressa, Stimme des Predigers in der Wüste. Auch wir waren einst ein kleines Häuflein, vierzehn Mann; lassen Sie uns jetzt die Früchte unserer Majorität genießen. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag mit einer glänzenden Majorität zu verwerfen.

Abg. v. Arnim: Ich weise die Censur des Vorredners, der mich anklagt, einen Mißton angestimmt zu haben, entschieden zurück.

Abg. Hansemann: Nach dem, was der Herr Minister und der Abg. v. Gerlach angeführt haben, halte ich es für überflüssig, auf die Sache selbst tiefer einzugehen. Ich theile die Freude darüber nicht, daß Oesterreich jetzt am Ufer der Eider steht; denn Oesterreich steht in Europas Augen im vollen Glanze da und Preußen ist erniedrigt worden. Darüber hege ich die größte Trauer. (Beifall links.) Preußen muß für seine Ostseeprovinzen eine Marine haben — das ist jetzt versäumt. Ich habe mit Schmerz die Antwort des Ministers gehört; wo es sich handelte um die höchsten Interessen des Landes, wo er mit Beredtsamkeit zeigen mußte, daß die Ehre des Landes nicht verletzt ist, gab uns der Herr Minister das Beispiel — von einer Ziege. (Heiterkeit.) Woher kommt das? Der letzte Grund ist, daß die Majorität kein Herz hat für die Ehre, das Wohl, die Interessen des Landes. Statt auf die Sache einzugehen, nehmen Sie Tagesordnung an zum Beweise, daß Sie nicht einmal auf die Sache eingehen wollen. Darum hat das Ministerium ganz recht zu handeln, wie es handelt. Wir haben eine motivirte Tagesordnung aufgestellt; ich bitte Sie, dieselbe mit großer Majorität anzunehmen.

Abg. v. Plötz: Ich nehme nicht so leicht die Verantwortlichkeit in Anspruch, daß die preußischen Truppen in Schleswig-Holstein eingerückt sind und schreibe die jetzigen Verhältnisse den Ereignissen des Jahres 1848 zu. Den Leitern der damaligen Politik ist die jetzige Lage der Dinge anzurechnen; sie selber sind daran Schuld. Das ist die caudinische Gabel, unter der sich jetzt Holstein beugen muß und wissen Sie den Ort, wo diese Gabel aufgepflanzt wurde? Es ist der Platz vor der Sing-Akademie.

Abg. Hansemann weist den Vorwurf zurück, seinerseits zu den Wirren beigetragen zu haben, indem er auf den Vertrag von Malmöe hindeutet.

Abg. v. Buddenbrock (Meseritz) erläutert die Lage des Kronenwerkes bei Rendsburg und legt diesem Punkte keine große Wichtigkeit bei.

Abg. Camphausen wünscht, daß Rendsburg von holsteinischen Truppen besetzt worden wäre. Die Opposition habe sich keine Inkonsequenz zu Schulden kommen lassen. Der Redner legt die Verhältnisse nochmals dar, ohne der Sache jedoch neue Gesichtspunkte abzugewinnen. Schließlich empfiehlt er Annahme der motivirten Tagesordnung.

Der Minister des Auswärtigen: Der Vorredner meint, man hätte Rendsburg von holsteinschen Truppen besetzen lassen sollen, es gab aber keine holsteinsche Armee, sondern eine schleswig-holsteinsche im Kampfe mit ihrem Fürsten. Es handelte sich dabei nicht um die Landesgränze, sondern nur darum, zwei Armeen, die Jahre lang mit einander gekämpft hatten, von einander zu trennen. Es handelte sich darum, die Regierung zu stützen und dem Kriege ein Ende zu machen, dessen das Land vollständig überdrüssig ist. Wenn der Redner eine rasche Erledigung der Angelegenheit wünscht, so wird dieser Wunsch von allen Seiten getheilt. Wenn ferner der Abgeordnete für Aachen (Hansemann) das Unheil darin sieht, daß die Volksvertretung nicht das ganze Steuerbewilligungsrecht hat und daß das Ministerium noch nicht abgetreten ist — so kann ich ihm in Betreff des ersten Punktes nicht helfen; in Betreff des zweiten Punktes glaube ich gern, daß sich der geehrte Abgeordnete wohl den Mühen eines Ministeriums unterziehen möchte; ich weiß nicht, wie weit schon die Verzweigung seiner zahlreichen politischen Freunde gediehen ist. In Gleichnissen bin ich nicht sehr glücklich, besonders, wenn die Wichtigkeit einer Angelegenheit mich zu sehr in Anspruch nimmt. Ich greife dann zum ersten besten. Aber wenn man mit der Heilung einer Wunde beschäftigt ist, in diese Wunde Gift zu gießen, das kann ich nicht als gut anerkennen. (Beifall.)

Der Abg. Graf Itzenplitz glaubt, daß Sitzungen wie die heutige amüsanter sind, als Debatten über Gerichtsorganisation, und daß sie die Tribünen mehr füllen, aber er hält sie für sehr unzweckmäßig, weil ohne Erfolg. Bei brennenden Fragen kehre man sich selbst in England nicht an das Parlament; in Frankreich habe man alle Jahre bei der Adreßdebatte für Polen gesprochen, Polen habe aber nie Nutzen davon gehabt. So würde auch die Regierung auf einen solchen Antrag kein Gewicht zu legen haben, selbst wenn er angenommen würde. Darum empfehle er die Tagesordnung; nicht, als ob der Gegenstand nicht wichtig sei, sondern weil ein Eingreifen in die Verhältnisse unmöglich ist. Er (der Redner) unterstütze das Ministerium gern, aber wenn es schlechte Gesetze vorlegen würde, so würde er es angreifen; am meisten aber, wenn es seine Gesetze auf den Theorien der Ideologie basiren würde, die stets wahre Freiheit untergraben. (Beifall.)

Die Tagesordnung wird mit 73 gegen 41 Stimmen angenommen. Dadurch erledigt sich die motivirte Tagesordnung von selbst.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Preßgesetz. (Morgen das Nähere.)

Berlin, 15. Febr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den bisherigen Regierungs-Assessor v. Zakrzewski zum Landrathe; den früheren Land- und Stadtgerichts-Direktor Draßdo zum Direktor des Kreisgerichts in Zeitz; den bisherigen Kreisgerichts-Direktor v. Schrötter in Sagan zum Rath bei dem Appellationsgerichte in Stettin zu ernennen; und den bisherigen kommissarischen Bürgermeister Becker als Bürgermeister und den bisherigen Beigeordneten Thelosen als ersten Beigeordneten der Gemeinde Eupen; so wie die Wahl des bisherigen Prorektors an dem Gymnasium zu Dortmund, Georg Wilhelm Wilms, zum Direktor des Gymnasiums und der mit demselben verbundenen Realschule zu Minden allergnädigst zu bestätigen.

Nachdem Ich durch die Erlasse vom 2. September 1845 und 30. Januar 1846 den Bau einer Chaussee von Spremberg über Muskau und Niesky nach Görlitz durch die zum Bau dieser Straße zusammengetretenen Aktien-Gesellschaft genehmigt und für diese Straße die Anwendung des Expropriationsrechts, so wie die Erhebung des Chausseegelges nach dem für die Staats-Chausseen geltenden jedesmaligen Chaussee-Geld-Tarife bewilligt habe, bestimme Ich hierdurch, daß auch das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften und die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chaussee-Polizei-Vergehen auf die gedachte Straße Anwendung finden sollen. Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 23. Dezember 1850. **Friedrich Wilhelm.**
von der Heydt. von Rabe.

An
den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanz-Minister.

Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen ist nach Weimar abgereist.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Prinz Konstantin zu Hohenlohe-Schillingsfürst nach Brüssel. Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-strelitzsche Staats-Minister v. Bernstorff, nach Neu-Strelitz.

[Militär-Wochenblatt.] Kirchfeldt, Major vom großen Generalstabe, als Chef des Stabes, v. Goeben, Major, und v. Schimmelmann, Hauptmann vom großen Generalstabe, dem Prinzen von Preußen königl. Hoheit, als Militär-Gouv. in der Rheinprovinz und in Westfalen beigeordnet. v. Rekowsky, pr. Lt. v. 7. Inf.-Reg., tritt in sein früheres Verhältniß als kommandirt zur Dienstleistung bei des Fürsten von Hohenzollern-Hechingen Hoheit zurück. v. Elern, Major vom 6. Inf.-Reg., zum Kommandeur des 2. Bat. 12. Landwehr-Reg. ernannt. Fr. v. Steinäcker, Sek.-Lieut. vom 7. Inf.-Regt., tritt als dienstl. Adjut. zu dem Milit.-Gouvernement in der Rheinprovinz und in Westfalen über. v. Garn, Major u. Komdr. des 2. Bat. 12. Reg. ins 6. Inf.-Reg. versetzt. Lützow, Gefreiter vom 10. Inf.-Reg. welcher am 14. August v. J., mit eigener Lebensgefahr, den Kaufmann Jander und den Oekonom Schuster zu Hirschberg, vor dem Ertrinken im Bober gerettet hat, die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

[Allerhöchste Bestimmung wegen Rückgabe von Pferden bei der Demobilmachung.] Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 26. dieses Monats will Ich im Verfolg Meiner Ordre vom 12. Dezember 1850 genehmigen, daß die Bestimmungen der Ordres vom 12. Dezember 1848 und respektive 25. September 1849, betreffend das Verfahren bei der Demobilmachung hinsichtlich der Rückgabe der Pferde von Offizieren und Beamten in natura oder Einzahlung ermäßigter Preise, auf alle bis jetzt mobil gemachten Truppen ꝛc. angewendet werden. Berlin, den 28. Januar 1851. (gez. Friedrich Wilhelm. (gegengez.) v. Rabe. v. Stockhausen. An die Staatsminister der Finanzen und des Krieges.

Berlin, 14. Februar. Am heutigen Tage geruhten Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen eine Deputation der neu zusammengetretenen Gesellschaft zur Beförderung des Flachs- und Hanfbaues in Preußen, bestehend aus den geheimen Räthen von Viebahn und Kette, dem Gutsbesitzer und Abgeordneten Koppe, dem Landes-Oekonomie-Rath von Lengerke und dem Kommissions-Rath Kaselowsky, zu empfangen, welche Höchstdenselben die ehrfurchtsvolle Bitte um Uebernahme des Protektorats dieser Gesellschaft vortrugen und auf Aufforderung Sr. königlichen Hoheit sich über die Bedeutung, die Bedürfnisse und Hebungsmittel des genannten Zweiges der vaterländischen Landwirthschaft näher ausließen. — Se. königliche Hoheit haben hierauf huldreich das Protektorat der Gesellschaft mit dem Beifügen übernommen, daß die Bestrebungen derselben eben so sehr auf die ausgedehntere Kultur und bessere Vorbereitung des Spinnstoffes für die Handspinner, für deren Lage Höchstdieselben die lebhafteste Sympathie aussprachen, als auf die Bedürfnisse der als zeitgemäß und für die Zwecke der Fabrikation nothwendig anzuerkennenden Maschinenspinnerei gerichtet werden möchten; daß Höchstdieselben, wie dies von jeher bei den Gliedern des preußischen Königshauses Sitte gewesen, die lebhafteste Theilnahme für die gemeinnützigen, einer zahlreichen Einwohnerklasse zu Gute kommenden Bemühungen dieser Gesellschaft hege und seine Mitwirkung für dieselbe gern eintreten lassen werde, und daß das alte unauflösliche Band, welches das preußische Volk mit seinem Königshause umschlinge, sich auch in dieser Sache als segensreich bewähren und als ein solches anerkannt werden möge.

(St.-Anz.)

Berlin, 15. Februar. [Tagesbericht.] Der frühere Justiz-Minister v. Uhden hatte gestern eine längere Audienz bei Sr. Majestät dem Könige. (C. Z.)

Se. Excellenz der Minister-Präsident Freiherr v. Manteuffel wird morgen mit dem um 9 Uhr Vormittags abgehenden Zuge in Begleitung der Frau v. Manteuffel und seines Bruders, des Präsidenten v. Manteuffel, nach Dresden abgehen. Seitens des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wird der Regierungs-Assessor Rudloff den Herrn Minister-Präsidenten begleiten. (N. Pr. Z.)

Gestern fand eine längere Konferenz zwischen dem Herrn Minister-Präsidenten, dem österreichischen Gesandten, Hrn. v. Prokesch, und dem dänischen Gesandten, Herrn Bielke, statt. Ueber den Inhalt der Berathung verlautet noch nichts Näheres. (Zeit.)

Außer dem geh. Kriegsrath Messerschmidt hat der Kriegs-Minister zu seiner Vertretung, resp. zur Assistenzleistung bei dem Regierungskommissar des Kriegsministerii, für die Diskussion des Militär-Budgets in der zweiten Kammer, namentlich für die zu erörternden technischen Angelegenheiten, den Obersten von Kunowski und den Major von Waschersleben beauftragt. (C. B.)

Durch allerhöchste Ordre vom 6. M. haben des Königs Majestät es mit Rücksicht auf die Demobilisirung des größten Theils der Armee für zulässig erklärt, die den Gemeinden und Kreisen durch die Verordnung vom 12. November v. J. auferlegten Leistungen für Kriegszwecke fernerhin nicht in Anspruch zu nehmen.

Der Abgeordnete zur ersten Kammer für den ersten Trierschen Wahl-Bezirk, Landrath a. D. v. Haw, hat sein Mandat niedergelegt.

Am 13. d. kamen hier 331 Personen an und reisten 324 ab. Angekommen: die k. großbrittanischen Kabinetskuriere Drury von London und Moore von Wien, der Staatsminister a. D. Uhden von Breslau. Abgereist: der kaiserlich russische Legations-Sekretär v. Tengoborski nach Wien. (C. C.)

[Das angebliche neue Wahlgesetz.] Wir sind heute (schreibt die C. Z.) wieder in der Lage, zu sagen, „die ministeriellen Organe haben mit ihren Berichtigungen Unglück", ihre Worte gelten nun einmal für kein Evangelium mehr, die gemachten Erfahrungen sind Jedem in zu frischem Angedenken, um sich auf bloße Versicherung der Deutschen Reform beruhigen zu können. Das ehrenwerthe Blatt hat es selbst verschuldet, daß man seine „guten" und „besten" Quellen, aus denen es schon manchmal trübes Wasser schöpfte, nicht mehr respektirt. — Die Spenersche Zeitung bemerkt zu der Berichtigung der Deutschen Reform, in Betreff des neuen Wahlgesetzes: „Abgerechnet, daß wir die nächste Woche gar nicht als den Termin der Vorlage bezeichnet haben, bemerken wir, daß, wenn „die nächste Woche" verstrichen ist, sich das „bis jetzt" der D. Reform sehr bedeutend gewandt haben dürfte." Wir verweisen übrigens unsere Leser auf die (unten mitgetheilten) Worte, welche über denselben Gegenstand eine sicher auch von der Deutschen Reform anerkannte Autorität, Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen, an die Mitglieder der ersten Kammer richtete.

Ueber die **Unterredung Sr. k. H. des Prinzen von Preußen mit mehreren Mitgliedern der Rechten der ersten Kammer** berichtet d. V. Z. Folgendes: Gestern Mittag um 11 Uhr hatte eine Anzahl von ungefähr 30 Abgeordneten der ersten Kammer unter Vortritt des Präsidenten von Rittberg und der Vicepräsidenten v. Jordan und Brüggemann eine Audienz bei Sr. k. Hoheit dem Prinzen von Preußen. Graf Rittberg sprach im Namen der Anwesenden die aufrichtigen und heißen Wünsche für die glückliche Ankunft des Prinzen an seinem Bestimmungsorte und die Versicherung aus, daß, wenn man auch die westlichen Provinzen um das Glück seiner Anwesenheit beneide, doch auch in der Ferne ihm die Herzen der Bewohner der östlichen Provinzen zugewandt blieben. Se. königl. Hoheit waren durch die Glückwünsche sichtlich erfreut und äußerten sich, daß Sie zwar gern in dieser wichtigen Zeit hier geblieben, daß aber des Königs Befehl ihm zu heilig sei, um ihn nicht augenblicklich zu befolgen. Se. k. Hoheit drückten dann im Laufe der folgenden Unterredung den Wunsch aus, daß von Seiten der Kammern zur Befestigung des konservativen Elements in der Staatsverfassung und Administration das Nothwendige und Erforderliche gethan werden möge. Er könne versichern, daß das Gouvernement die Verfassung heilig halte und nicht — wie so vielfältig behauptet — aus dem Fenster werfen wolle, es wäre aber auch nöthig, daß die Kammern die Regierung unterstützten. Se. k. Hoheit bezeichneten namentlich als solche Punkte, die einer besondern Sorgfalt und vorurtheilsfreien Erwägung der Kammern zu empfehlen seien, die neue Gemeindeordnung, das Preßgesetz und das Wahlgesetz zur zweiten Kammer, und hegten Besorgnisse für die Zukunft, wenn diesen Institutionen nicht eine mehr konservative Grundlage gegeben werde. Rücksichtlich der äußeren Lage sprachen Se. k. Hoheit sich dahin aus, daß Sie keinen Frieden wollten, der bereuen lasse, daß man nicht Krieg geführt habe. Man sei jetzt zum Frieden gelangt, und man werde sich auch später überzeugen, daß das Gouvernement so gedacht, wie er gesagt habe. Schließlich gab Se. königl. Hoheit dem Grafen Rittberg für alle Anwesenden die Hand und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich nach einigen Monaten bei dem Denkmal Friedrichs des Großen wiedersehen würden, auf welches Sie zeigend hindeuteten.

Das C. B. berichtet in dieser Angelegenheit Folgendes: „Auf eine Anfrage eines Kammermitgliedes an einen der Herren Minister, wie die Aeußerung, welche Se. k. H. der Prinz von Preußen den Mitgliedern der ersten Kammer gegenüber in Betreff eines neuen Wahlgesetzes gemacht haben soll, aufzufassen sei, Angesichts der offiziösen Erklärung der „D. Ref.", wonach die Regierung an ein neues Wahlgesetz noch gar nicht gedacht habe, ist entgegnet worden: man kenne den Wortlaut der Aeußerungen Sr. k. Hoheit nicht genau genug, um eine Deutung derselben versuchen zu dürfen, es sei jedoch nicht unwahrscheinlich, daß der Prinz sich im Allgemeinen für eine Reform des Wahlgesetzes zur zweiten Kammer ausgesprochen haben möge, ohne das Vorhandensein eines bestimmten Gesetzentwurfs damit angedeutet zu haben."

[Die Festung Rendsburg.] Die „Sp. Z." berichtet: Während man von der einen Seite verbreitet, daß eine auswärtige Macht die Schleifung der Rendsburger Festung so ernstlich verlange, daß in der That die Aussicht auf deren Erhaltung etwas schwanke, wird von Wien aus gemeldet, daß der Fürst Schwarzenberg einen andern Plan damit in Dresden zur vorläufigen Erörterung zu bringen gedenke. Da nämlich durch den Vertrag zu Paris vom 3. November 1815 und die späteren Bundes-Plenarbeschlüsse nur die westliche Defensionslinie Deutschlands durch Festungen gedeckt sei, wäre es nothwendig, den ganz entblößten Norden gleichfalls dadurch in das Fortifications-System des Bundes zu ziehen, daß Rendsburg fortan (wie Mainz) von Preußen und Oesterreichern besetzt bleibe, und die demnächst zu schaffende Bundesautorität die Werke für eine Bundes-Festung erklärte. — Beschlüsse wie diese, müssen bekanntlich vor die gesammte Stimmgebung des Bundes gehen, bedürfen aber zur Gültigkeit und nach dem Herkommen, nicht der Stimmeneinhelligkeit, sondern nur einer absoluten Mehrheit von zwei Dritttheilen.

[Die Verhältnisse im Kanton Neuenburg.] Aus sonst „wohlunterrichteter Quelle" vernimmt die Spen. Ztg., daß nach Beendigung der schleswig-holsteinschen Streitfrage mit allem Ernste von preußischer und österreichischer Seite die Regelung der Verhältnisse im Kanton Neuenburg vorgenommen werden soll. Bei der nächsten Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten v. Schwarzenberg und v. Manteuffel dürfte die Frage ganz besonders in Betracht gezogen werden, wie und auf welche Art der Rechtszustand in Neuenburg wiederherzustellen sei. Mit dieser Frage im Zusammenhange steht die Flüchtlingsfrage in der Schweiz. Hier soll es ganz besonders Rußland sein, welches im Verein mit den deutschen Mächten darauf dringt, sobald als möglich mit der revolutionären Propaganda in der Schweiz ein Ende zu machen.

In Bezug auf die neuenburgsche Angelegenheit schreibt man dem ultra-konserv. M. C. von hier: „Hier ist es besonders auch Rußland, welches im Verein mit den deutschen Mächten darauf dringt, daß die Schweiz ihren nachbarlichen Pflichten aufrichtiger und eifriger nachkomme, als dies bis jetzt geschehen ist. Das franz. Gouvernement trägt noch immer einige Bedenken, sich einem gemeinsamen Schritte der drei übrigen kontinentalen Großmächte in der Flüchtlingsfrage anzuschließen, während Lord Palmerston bereits wieder seine alte Rolle aufgenommen hat und von dem Inselreiche aus Miene macht, den Bemühungen der andern Mächte um die Sicherung ihres innern Friedens hindernd entgegenzutreten."

[Die Disziplinargesetze.] Der vom Abg. Wentzel verfaßte Kommissionsbericht über die Disziplinargesetze liegt nunmehr gedruckt vor. Derselbe geht in der Einleitung auf das Disziplinargesetz vom 29. März 1844 zurück und bemerkt über dasselbe: „Wie tief im Volke die Ueberzeugung wurzelte, daß die Verordnung ein heilig gehaltenes Palladium antaste, dafür liefern die Akten der Provinzialstände einen schlagenden Beweis. Die Verordnung vom 6. April 1848 setzt deshalb im § 3 jene Verordnung vom 29. März 1844 in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft. Nicht blos im Richterstande, im ganzen Lande wurde diese Aufhebung eines verhaßten Gesetzes mit Jubel begrüßt; man erkannte darin ein Pfand, daß es die Regierung mit ihren Verheißungen ehrlich meinte. Und in der That, wer sich nicht bereits in ein gänzliches Vergessen unserer Zustände im April 1848 eingewiegt hat, der wird es gewiß verzeihlich finden, wenn in sturmbewegter Zeit, bei einer großartigen That ein Nebenumstand unbeachtet blieb, der bei längerer Vorbereitung in weniger drängender Zeit, allerdings der Beachtung nicht hätte entgehen dürfen." Der Bericht führt hierauf aus, daß es für die Disziplin der Richter nach Aufhebung jener Verordnung gar keine Gesetze gab. Es war aber auch ein Bedürfniß nicht vorhanden, dergleichen Gesetze zu oktroyiren, und deshalb habe die Kommission den Antrag: die Dringlichkeit der vorgelegten Verordnung anzuerkennen, mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Sie schlägt vielmehr vor, zu beschließen: „die Gültigkeit der Verordnung vom 10. Juli 1849 erlischt, falls dieselbe nicht früher durch ein Gesetz außer Kraft gesetzt wird, mit dem Schlusse der gegenwärtigen Sitzungs-Periode der Kammer." Bei irgend einer der „vorläufigen Verordnungen" — entwickelt der Bericht — müsse doch die Frage über die Verfassungsmäßigkeit des unablässigen Oktroyirens zur Entscheidung gebracht werden, und das sei ja wiederholt hervorgehoben worden, daß die Kammer ihre Beschlüsse nur an „praktische Fälle" anlehnen könne. In Beziehung auf das allgemeine Prinzip der Verordnung hat die Kommission die Ansicht ausgesprochen: „daß keinesfalls das Bedürfniß vorliege, so weit zu gehen, als die Verordnung thut." Die entschiedenen Arten der Disziplinarstrafen, welche die Verordnung enthält, erschienen der Kommission zweckentsprechend, insbesondere der des Richterstandes unwürdigen Degradation und Strafversetzung. — In Beziehung auf das Verfahren tadelt die Kommission die Zusammensetzung der Disziplinarbehörde. Sie will, daß die Appellationsgerichte die ständigen Disziplinargerichte sein sollen, und zwar nicht ein einzelner Senat, sondern das Plenum. Die Frage: ob eine Appellation stattfinden solle? — ist mit 7 gegen 5 Stimmen verneint worden. Von einer Seite wurde ein Ehrenrath vorgeschlagen, der Vorschlag fand jedoch bei der Majorität keinen Anklang.

Posen, 14. Februar. [Militärisches.] Heute Mittag rückte die 12pfündige Batterie Nr. 13 des 5. Artillerie-Regiments wieder hier ein. Dieselbe wurde vom Premier-Lieutenant von Schrötter geführt, welcher das Unglück hatte, als er über den Kanonenplatz im Galopp ritt, mit dem Pferde so gefährlich zu stürzen, daß er in das Lazareth gebracht werden mußte. (Pos. Ztg.)

Deutschland.

Dresden, 15. Febr. Fürst Schwarzenberg wird heute Abend Wien verlassen und mittelst eines Extrazuges morgen, Sonntag, um 11 Uhr Vormittags hier eintreffen. Gleichzeitig wird Herr v. Manteuffel aus Berlin erwartet. Beide Ministerpräsidenten werden auch diesmal wie früher, erhaltener Einladung zufolge, in dem königl. Prinzenpalais absteigen. (D. J.)

[Konferenzen.] Man schreibt der „D. Allg. Ztg." aus Dresden vom 13. Febr.: Die Erklärungen der in den zwei ersten Kommissionen vertretenen kleinen Regierungen sind ganz eigenthümlicher Art; sie verwahren sich nämlich in den Berichten an die Plenarversammlung dreifach: einmal gegen die Stimmenreducirung im engeren Rathe, dann gegen die weite Kompetenz desselben und endlich drittens gegen die Statuirung von Majoritätsbeschlüssen statt der Stimmeneinhelligkeit. Ueberhaupt scheinen sie gerade deshalb für die durchgängige Beibehaltung der Bestimmungen der Bundesakte auftreten zu wollen, damit daneben das Unionsrecht als ein für besondere Bestrebungen unerläßliches erkannt und zugestanden werde. Der sorgfältigsten Erwägung hatte sich das Bundesheerwesen zu erfreuen, und bereits scheint der Beschluß festzustehen, die Truppen der kleinen Regierungen lediglich zum Schutze der Bundesfestungen zu verwenden.

Frankfurt a. M., 12. Februar. [Die neue Bundesbehörde.] Im Bundespalais werden vorläufig Anstalten zur Aufnahme einer neuen Bundesbehörde getroffen. Als irrig darf die Nachricht bezeichnet werden, daß dieselbe nur eine provisorische sein werde. Es wird eine definitive sein. In gutunterrichteten Kreisen hält man neun Glieder, eilf Stimmen für das Wahrscheinliche. Man hat in denselben nie der Ansicht gehuldigt, daß der Widerstand einiger kleinen Regierungen gegen den Antrag der Kommission wohl mehr als ein vorübergehender sein werde. (Dresd. J.)

Kassel, 13. Februar. [Rückmarsch.] Ein Theil der in Kurhessen stehenden Bundestruppen wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen (am 19ten) den Rückmarsch in die Heimat antreten. Es dürften sich diese Truppen auf 5000 Mann belaufen und nennt man darunter ein Chevauxleregiment, zwei Batterien Geschütz und mehrere Bataillone Fußvolk. Der noch auf unbestimmte Zeit im Lande verbleibende Theil der Bundestruppen würde die Stärke von 7000 Mann behalten und anderweitig dislocirt werden. Auch die beiden hier in Kassel liegenden Kompagnien der bairischen Jäger werden Kurhessen verlassen und, wie man vermuthet, durch andere bairische Truppen ersetzt werden. In Bezug auf die hier liegenden preußischen Truppen wird gleichfalls ein Wechsel stattfinden, da das hier liegende Bataillon vom 13. Regiment, wie es heißt, seine neue Garnison Wesel in Kürze beziehen soll. (Kass. Z.)

Fulda, im Febr. Die Blätter berichten von dem furchtbaren Nothstande, der in dieser Provinz infolge der Occupation durch die Bundestruppen entstanden und durch den Typhus noch vermehrt wird. Von Frankfurt aus waren Herr Bernus du Fay und Dr. Fester im Auftrage des dort zusammengetretenen Hülfskomité angekommen, um sich von dem wahren Stande der Sache zu überzeugen; sie fanden ihn noch weit über die Beschreibung hinausgehend und haben bereits mit bedeutenden Summen eingegriffen.

Meiningen, 12. Februar. Unsere Bevölkerung ist jetzt durch eine Angelegenheit eigenthümlicher Art etwas in Aufregung gekommen. Am 15. Februar soll nämlich Friedr. Meyer in Hildburghausen die ihm zuerkannte einmonatliche Gefängnißstrafe in der dortigen Frohnveste antreten. Da er nun gedroht hat, für diesen Fall sein Geschäft sofort schließen zu wollen und die Ausführung dieser Drohung von bedenklichen Folgen für jene Gegend sein würde (Meyer giebt gegen 1400 Personen Unterhalt), so werden morgen mehrere Mitglieder des hildburghauser Stadtraths nach Meiningen sich begeben, um jene Gefängniß-Strafe in einen Hausarrest verwandeln zu lassen. (Frkf. J.)

Leipzig, 15. Febr. [Freisprechung.] Bekanntlich wurde gegen die Professoren an der hiesigen Universität Haupt und Mommsen im Oktober v. J. in der gegen sie eingeleiteten Untersuchung wegen ihrer angeblichen Betheiligung an den Mai-Ereignissen des Jahres 1849 vom hiesigen Appellationsgerichte das erstinstanzliche Urtheil dahin gefällt, daß der Erstere zu einem Jahre, der Letztere zu neun Monaten Landesgefängniß verurtheilt wurde. Die Verurtheilten appellirten gegen diesen Spruch an das Oberappellationsgericht, und gestern ist dessen Ausspruch den Betheiligten bekannt gemacht worden: Beide sind „in Mangel mehren Verdachts" freigesprochen. (D. A. Z.)

Hannover, 14. Februar. (Erste Kammer.) Von den gestern gewählten drei Kandidaten ist von Sr. Majestät dem Könige zum Präsidenten erster Kammer Graf v. Bennigsen, und zum Präsidenten zweiter Kammer Ober-Appellationsrath Windthorst ernannt. — Nachdem Ersterer sofort beeidigt und den Präsidentenstuhl eingenommen, wird zur Wahl von drei Kandidaten zur Vice-Präsidentur geschritten, und 1) Baurath Hausmann mit 49 von 53, 2) Ober-Appellationsrath Kirchhoff mit 31 von 55, 3) Kanzlei-Prokurator Dr. Wyneken mit 29 von 52 Stimmen gewählt. — In der zweiten Kammer wurde zum Vice-Präsidenten Ellissen mit 66 Stimmen gewählt. (Hann. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Von der Niederelbe, 13. Februar. Die österreichischen Truppen, über die in den andern deutschen Ländern, durch welche sie zogen, wenig Klage geführt wurde, benehmen sich in Holstein äußerst brutal. In Altona sind schon manche Konflikte vorgekommen und zwar stets durch die Truppen veranlaßt, aber durch die friedliche Gesinnung der Bewohner ohne ernstliche Folgen beseitigt worden. Als Einquartierte machen sie große Forderungen und wenn ihnen diese nicht zu gewähren sind, stoßen sie Drohungen aus und machen sich den Bürgern lästig. An den Wachtposten darf Niemand rauchend vorübergehen, auch darf man nicht in Gruppen stehen bleiben, überhaupt werden alle die polizeilichen Maßregeln getroffen, welche bei außerordentlichen Zuständen üblich sind. Schon einige Mal haben die Oesterreicher Veranlassung genommen, die Straßen und Plätze im Sturmschritt zu säubern und gestern wurde uns versichert, daß die ausgestellten Posten scharf geladen hätten. Wenn die Truppen hier auch nicht anders lautende Verhaltungsbefehle haben sollten, als an den Orten, wo man sie als Gäste aufnahm, so scheinen sie doch in der Voraussetzung gekommen zu sein, daß sie es in Holstein mit „Spektakelmachern" und „Revolutionärs" zu thun und als Exekutions- oder Pazifikationstruppen, was sie wohl nicht so genau wie die Herren Diplomaten unterscheiden, die Ruhe und Ordnung herzustellen hätten. (Z. f. N.)

Rendsburg, 14. Februar. Proben von einer Beschützung der Rechte der Herzogthümer, event. Holsteins, durch die österreichischen und preußischen Truppen liegen bis jetzt nicht vor. Die Dänen dagegen haben einstweilen nicht nur die circa zwölf Kirchspiele des Herzogsthums Schleswig (mit ca. 25,000 Einwohnern), welche bis zur Ankunft ersterer Truppen ungefährdet von unsern Schleswig-Holsteinern behauptet worden, sondern auch fünf holsteinische Dörfer, einen Theil der Festung Rendsburg u. s. w. in Besitz genommen. In erwähntem schleswigschen Bezirke werden jetzt schon, wie anderwärtig in diesem unglücklichen Lande, Beamte entsetzt, Einwohner verhaftet, ausgewiesen und fortgeschleppt.

Auf dem hiesigen Zollamt, das bekanntlich in Kronwerk, erschien gestern der frühere hiesige Zoll-Inspektor Schulthes, der seiner Zeit zu den Dänen übergegangen, und legte dem Comtoirchef ein Dokument zur Unterschrift vor, dessen Inhalt, wie leicht denkbar, der Art war, daß dieser sich dazu nicht verstehen konnte, und wurde ihm deshalb von jenem angezeigt, daß das ganze bisherige Zollpersonal sich augenblicklich aus dem Kronwerke zu entfernen habe. Dieses ist auch geschehen, die Dänen haben bereits andere Zollbeamte dort angestellt. (H. C.)

Oesterreich.

NB. **Wien**, 15. Febr. Die in mehreren Blättern enthaltene Nachricht, als sei rücksichtlich der Einwirkung auf die Verfassungszustände der Einzelstaaten, Preußen für die möglichste Beschränkung, Oesterreich für die möglichste Erweiterung der Kompetenz der Bundesgewalt, kann widersprochen und vielmehr versichert werden, daß die beiden deutschen Großmächte in dieser Frage wie in allen andern Hauptpunkten fortwährend im besten Einvernehmen sind. — Das k. k. Kriegsministerium hat bestimmt, daß die Verordnung des Justizministeriums, wonach bei gerichtlicher Aburtheilung eines katholischen Geistlichen die Akten den Bischöfen vorzulegen sind, auch von Militärgerichten zu beobachten ist. — Berichte aus Serbien sprechen von der dort herrschenden Agitation. Die Serben, von einigen Ehrgeizigen aufgestachelt, werden zur Abneigung gegen Oesterreich angeregt. Die Devise der Agitatoren sei: Czar Nikolaus oder die Republik.

Schweiz.

Aus der ital. Schweiz, 8 Febr.*) [Truppen-Konzentrationen der Oesterreicher.] Sie wissen bereits, daß sich ein starkes österr. Armeecorps an der Grenze Piemonts zusammenzieht. Nach sehr zuverlässigen Nachrichten aus Mailand ist dasselbe in folgender Weise vertheilt: 40,000 Mann mit 60 Kanonen stehen zu Pavia, 15,000 Mann mit 30 Kanonen lagern zu Magenta, 40,000 Mann mit 80 Geschützen stehen zu Mailand und in der Umgegend; bei Como stehen 10,000 Mann mit angemessenem Geschütz. Ob und gegen welche fremde Macht Oesterreich seine Truppen in der Lombardei zusammenzieht, darüber herrschen bis jetzt nur noch Vermuthungen. (Köln. Z.)

Großbritannien.

London, 12. Febr. [Preußische Anleihe.] Soeben vernehme ich, daß die preußische Regierung an hiesiger Börse ein Anlehen, man spricht von 15 Millionen Thaler, abzuschließen beabsichtigt, und Herr Bloch, Agent der Seehandlung, zu diesem Zwecke hier angekommen ist; die Authenticität vermag ich nicht zu verbürgen. (Ostf.-Z.)

*) Aus Versehen in der gestrigen Zeitung weggeblieben.

Rußland.

Der Kaiser von Rußland hat folgendes Manifest an seine Unterthanen erlassen:

Wir von Gottes Gnaden, Nicolaus I., Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen rc. Unsere vielgeliebte Nichte, die Großfürstin Catharina Michalowna, verbindet sich ehelich mit dem jüngeren Sohne des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz. Diese Wahl, gesegnet durch Ihre Mutter, Unsere vielgeliebte Schwägerin, die Großfürstin Helena Pawlowna, wurde, so viel wir davon Kunde erhalten, auch von Unserm unvergeßlichen und vielgeliebten Bruder, dem Großfürsten Michael Pawlowicz, kurz vor seinem zu frühen Hinscheiden gebilligt. Um desto freudiger war es für Uns, auch Unsere Genehmigung zu diesem Bündnisse zu ertheilen. Am 21. Januar hat die feierliche Verlobung Unserer vielgeliebten Nichte mit dem Prinzen Georg von Mecklenburg in Unserem Winter-Palaste stattgefunden.

Wir geben von diesem erfreulichen Ereignisse Unseren treuen Unterthanen Kunde, damit auch sie daran Theil nehmen mit jener unerschütterlichen und warmen Liebe, von der stets für Uns und für alle Mitglieder Unseres Hauses ihre Herzen durchdrungen sind.

Gegeben in St. Petersburg, den 21. Januar, im Jahre Ein Tausend Achthundert Ein und Fünfzig nach Christi Geburt, und im sechs und zwanzigsten vom Beginn Unserer Regierung.

Auf dem Original eigenhändig unterzeichnet: Nicolas.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 16. Februar [Bürgermeisterwahl.] Heute um 11 Uhr Vormittags versammelte sich der Gemeinderath zu einer außerordentlichen Sitzung, um die Bürgermeisterwahl zu vollziehen. Anwesend waren 98 Mitglieder, sämmtlich mit ihren Amtsketten bekleidet. Ein zahlreiches Publikum hatte die Zuhörerräume eingenommen. Nach Erledigung zweier vom Magistrat eingegangener Vorlagen, für welche die Dringlichkeit beansprucht und genehmigt wurde, schritt die Versammlung zur Wahl mittelst Stimmzettel. Zu Wahlaufsehern wurden die Herren Voigt und Grätzer, zu Stimmsammlern die Herren Ruthardt und Frank ernannt.

Am Schlusse des Wahlaktes verkündigte der Vorsitzende, Herr Justizrath Gräff, folgendes Wahlresultat:

Herr Bürgermeister Bartsch hat von 97 Stimmen (ein Stimmzettel war unbeschrieben) 69 Stimmen erhalten, außerdem Herr Kreisgerichts-Direktor Wachler 7 Stimmen und Herr Landschaftssyndikus v. Görtz 19 Stimmen. — Herr Bürgermeister Bartsch hat mehr als die absolute Majorität der Stimmen erhalten, und ist sonach als künftiger Bürgermeister der Stadt Breslau gewählt. (Lautes Bravo in der Versammlung und im Zuhörerraume.)

Die Versammlung genehmigte hierauf den Vorschlag, daß dem Herrn Bürgermeister das Resultat dieses Wahlaktes durch eine Deputation mitgetheilt werde und ernannte zu deren Mitgliedern die 4 Mitglieder des Büreaus, sowie die Herren Lessenthin, v. Falkenhausen, Grätzer, Klocke, Laube, Rösler, Friese und Frank.

Schließlich erwähnte der Vorsitzende, daß nunmehr die Wahl des ersten Beigeordneten vorzunehmen sei, die schon in einer der nächsten Sitzungen erfolgen werde. Die Beschleunigung dieser Wahl erscheine um so dringender, als die königliche Bestätigung des Bürgermeisters nur gleichzeitig mit der des Beigeordneten eingeholt werden könne. Die Wahl der besoldeten Schöffen und die von 7 unbesoldeten Stadträthen dürfte ebenfalls nach vorgängiger Berathung in einer geheimen Sitzung binnen Kurzem vor sich gehen.

Neurode, 10. Februar. [Ein Opfer der letzten Kampagne.] Dieser Tage empfing der Bürger und Tuchmacher Anton Henke hierselbst die Nachricht, daß sein Sohn Anton, Musketier in der 1. Kompagnie 11. Infanterie-Regiments, zu Peiskretscham in Oberschlesien, wo er im Quartier lag, am 4. Februar Abends um halb 6 Uhr an einer Wunde verschieden sei. Wie derselbe zu der tödtlichen Verwundung gekommen, davon ward den Eltern nichts mitgetheilt. — (Nach der N. O. Ztg. hat ein Fähndrich Pilz denselben im Gasthofe „zur Sonne" mit seinem Degen so durchbohrt, daß die Degenspitze zwischen der 6ten und 7ten Rippe des Vorderkörpers durchdrang.) Am 7. d. M. Morgens 9 Uhr fand das feierliche Begräbniß des rc. Henke auf dem dortigen katholischen Kirchhofe statt, wobei aber der begleitende Geistliche eine Rede nicht halten durfte. Die Waffengenossen des Henke hatten schon 14 Rtl. zu einem Denkmal gesammelt, womit sie die Ruhestätte des Unglücklichen bezeichnen wollen. (Hausfr.)

[Unfreundliche Nachbarschaft.] Große laute Hochzeiten und Artillerie-Einquartierung brachten in der letzten Woche einige Abänderung in das sonst ruhig dahinfließende Leben unserer Stadt. Auch ist einiger Schnee gefallen und die Schlittenbahn dürfte auf kurze Zeit nicht übel sein. Doch denkt Niemand daran, ins Oesterreichische zu fahren, seitdem dort eine solche Strenge an der Grenze obwaltet, daß jüngst ein hiesiger Einwohner, der mit einem Inlandspaß versehen, Verwandte in Braunau besuchen wollte, als „Schübling" hierher zurückgebracht werden sollte, eine Viertelmeile aber vor der Stadt dem „Schüber" entlief, und sich eine halbe Stunde früher als jener auf dem hiesigen Polizei-Bureau einfand. Diese Strenge ist noch nicht dagewesen und könnte nur gemildert werden, wenn auch umgekehrt einmal einer der vielen hier täglich verkehrenden Oesterreicher per Schub zu Hause transportirt würde, um der Behörde in Braunau dadurch das Sprüchlein „Was du nicht willst rc." praktisch in Erinnerung zu bringen. (Hausfr.)

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Fürst v. Hatzfeld aus Trachenberg. Oberst Friederici aus Dresden. Landesger.-Assessor Köllner aus Budissin. Kaufm. Plant aus Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 17. Februar 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	53	51	48	45	Sgr.
Gelber dito	51	49	47	45	„
Roggen . . .	41	40	38½	37	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	24	23	22	21	„
Rothe Kleesaat	12	11⅓	10⅓	8—9	Rtl
Weiße Kleesaat	—	11½	10	7—8	Rtl.
Spiritus . .	6¾ Rtl. Gld.				

Börsenberichte.

Berlin, 15. Februar. Bei geringem Geschäfte stellten sich die meisten Effekten etwas niedriger, doch schloß es wieder ziemlich fest.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 98 bez. und Br., Priorität 5% 103⅝ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 75½ Br., Priorität 4% 86½ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38¼ à ⅛ bez. und Gld., Priorität 5% 95¾ bez und Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83 bez., Priorität 4% 95 Br., Priorität 5% 104 bez., Serie III. 5% 103½ bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 26½ à 27 bez. und Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½% 116 bez. und Gld., Litt. B. 3½% 109 bez. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ bez. und Br. Staats-Anleihe von 1850 4½% 100¼ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 84⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128¼ bez. und Br. Posener Pfandriefe 4% — — 3½% 90¾ Br. Preußische Bank-Antheile 97 bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Gld., neue 4% 94¼ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 81⅞ bez., à 300 Fl. 143 Gld.

Wien, 15. Februar. Fonds und Aktien sind zurückgegangen und wurden Nordbahnaktien bereits bis 127½, Loose von 1839 bis 120½ und Bankaktien 1218 gemacht, um wieder fester zu schließen. Lombard. Anlehen und vorzügl. Schatzscheine waren besser begehrt. Metalliques preishaltend. Comptanten und Wechsel waren um ca. ½% höher gefragt. Sowohl auf Fonds als Valuten äußerten die egyptischen Nachrichten einigen Einfluß.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.